

Saale-Beitung.

Fünftefter Jahrgang.

Anzeigen
werden bis 6 Uhr abends...
Sonntag und Montag einm.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstr. 17.
Stebensgeschäftsstelle Markt 24.

Bezugspreis
für Halle und bei postamtlich
Jahrlang 1.00 Mk. vierteljährlich
3.00 Mk. durch die Post 3.25 Mk.
ausw. Jahrlangsgeld
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter
„Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unerlangte eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe
„Saale-Beitung“ gestattet.
Verantwortlicher Schriftleiter Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Verlagsdirektor Otto 609.

Nr. 15.

Halle, Dienstag, den 11. Januar

1916.

Weitere Fortschritte in Montenegro.

Die Offensive in Montenegro.

c. B. Berlin, 10. Januar. Aus dem R. und A. Kriegs-
prekariat wird gemeldet: Die Montenegro sind aus
dem Sandstafel geworfen, aus Sidbosnien vertrieben und
vom Meere abgegrenzt. Nun wird die Offensive im Inneren
Montenegros fortgesetzt. Von den Boche und von der
Herzegovina aus geht der Angriff unter der beständigen
Führung des Generals von Kov. J. Starke artillerische
Kräfte sind bereitgestellt worden und jetzt tagen in Tätigkeit.
Unjere Infanterie bedroht nun nicht mehr bloß die
Nord- und Nordostgrenze Montenegros, die einzige Verbindung
mit Serbien und Nordalbanien, sie erstreckt sich bereits
Südlich über Cattaro landeinwärts geführten Unter-
nehmung. Diese Unternehmung, die zu anderer Jahres-
zeit wegen der cutischen Schwierigkeiten in der Wasser-
versorgung im Karstgebiete zu den größten Vorfällen be-
rechnen müßte, findet in den reichlichen Niederschlägen des
Winters wertvolle Unterstützung. Sind auch die Ueberrast,
wie die bessere Organisation auf unserer Seite, so darf doch
nicht vergessen werden, daß die natürlichen Schwierigkeiten
des äußerst wegearmen und unvernünftigen von Meere auf-
ragenden Gebirgslandes groß sind. Plannmäßig, bedäch-
tig vorgetragen des Angriffes kennzeichnet unsere gegen-
wärtigen Kämpfe nahe der äußersten Südgrenze des Reiches.

Zur Vertreibung der Entente- truppen aus Gallipoli.

c. B. Konstantinopel, 10. Januar. Die Sieges-
feier fand gestern abend mit einem großen prunkvollen Um-
zug ihren Abschluß. Die Teilnehmer am Zuge, an dem mehrere
Musikkapellen sich beteiligten, hielten in langsamem
Prozessionsschritt die Fahnen der Türkei, Deutschlands,
Oesterreich-Ungarns und Bulgariens, viererlei Banner
mit patriotischen Aufschriften, die sie durch die Straßen der
Stadt trugen. Von Zeit zu Zeit wurden Schreie auf Vater-
land und Meer ausgedrückt. Die Menge sammelte sich
gleichzeitig an, während die großen orientalischen Kommenen mit
dampfender Luft grühten. Die Begrüßung des türkischen
Volkes ist tief ergreifend. Man hat den Eindruck, daß die
osmanische Nation im Glauben an die Zukunft des Vater-
landes niemals so geeint war wie an diesem Freudentage.

Die Siegesfreude in Konstantinopel.

c. B. Konstantinopel, 10. Januar. Ueber die Räumung
der letzten von den Engländern und Franzosen noch aus Galli-
puli innegehaltenen Stellungen liegen von seiten der Entente
nur dürftige Einzelheiten vor. Von England aus wird aber
verbreitet, daß die Türken auch diesmal wie bei Anzac und
Suvla durch die Ausführung des Räumungsplanes voll-
ständig überlistet worden seien. Wie bei Anzac sollen die
Verluste der Engländer nur einige Mann betragen haben,
während die Franzosen angeblich gar keine Verluste hatten.
Die Räumung geschah unter vorläufiger Führung des neuen
Oberbefehlshabers General Monrose. In England hatte man
die Offensivität schon in der vorigen Woche in vorläufiger
Weise auf die vollständige Räumung vorbereitet, insbeson-
dere durch die Veröffentlichung des Berichtes des Generals
Hamilton über die Dardanellenexpedition mit ihren kühnsten
Einzelheiten über die Leiden und die Strapazen, welchen
die englischen Soldaten dort ausgesetzt seien.

WTB. Konstantinopel, 10. Jan. Die Freude über die
Belastung der türkischen Truppen, die die Engländer end-
gültig von der Salbinsel vertrieben haben, ist in allen
Kreisen der Bevölkerung allgemein. Die Glocken aller grie-
chischen und armenischen Kirchen wurden zum Zeichen der
Freude geläutet. In allen Kirchen und den israelitischen
Tempeln wurden Gottesdienste abgehalten. Die türkische
Schuljugend erzielte den Tag schulfrei. Gruppen der Schul-
jugend, meistens in seltsamer Uniform als Soldaten ge-
kleidet, bürzogen mit Musikkapellen an der Spitze die
Straßen und veranstalteten Freudenkundgebungen. Die
Freudenkundgebungen allerorts wiederholten sich un-
abgesetzt. Abends wurden die Moscheen festlich beleuchtet. So-
fort nach Eintreffen der Siegesnachricht im Kriegsmini-
sterium besag sich Enver Pascha in das kaiserliche Palais und
meldete sie dem Sultan, der seine überaus lebhafteste Befriedi-
gung dazu äußerte. Der Sultan übermittelte seine Glück-
wünsche und Grüße der 5. Armee, die mit dem Ausdruck des
Dankes antwortete. Der Sultan spendete neuerlich tausend
Pfund für die Kinder gefallener Soldaten.

Fremdenausweisung von den griechischen Inseln.

c. B. Lugaos, 10. Januar.
Aus Manana wird gemeldet: Die fremden Staatsange-
hörigen auf den griechischen Inseln Milo, Haria und Chios
wurden von der Entente ausgewiesen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 10. Januar.

Amlich wird verlautbart 10. Januar 1916:
Russischer Kriegsausflug.

Auch gestern fanden in Dnyapnien und an der Grenze
der Bukowina keine größeren Kämpfe statt. Nur bei Topo-
rozny wurde abends ein feindlicher Angriff abgewiesen.
Sonst nichts Neues.

Italienischer Kriegsausflug.

Von Genua aus im Gebiet des Col di Lana und im
Nördlich Piavegraben abgehen, fand an der Südwestfront
keine Gefechtsaktivität statt.

Südösterreichischer Kriegsausflug.

Unsere gegen Serane vordringenden Kolonnen haben
die Montenegroener neuerdings von mehreren Höhen ge-
worfen und Meere erreicht. Nördlich dieses Ortes ist das
östliche Ufer des Meeres gefestigt. Die Truppen, die auf
den Höhen über einen Meter Höhe zu überwinden haben,
leisten Vorzügliches. An der Tara Artillerieaktivität und
Geplänkel. Der Kampf an der Südwestgrenze Montenegros
basiert an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
von Söfzer, Feldmarschallleutnant.

Kohtshid in Saloniki.

c. B. Budapest, 10. Januar. Einer Drahtmeldung des „
N. W. W.“ aus Sofia zufolge, kam der Baron von Kohtshid
mit dem Oberbefehlshaber von Paris auf seiner Fahrt in Saloniki
an und sprach die Nachricht, worin schwerverwundete fran-
zösische Offiziere Aufnahme fanden. Baron Kohtshid beauftragte auch
den Oberbefehlshaber von Saloniki, der ihm erklärte, daß die Juden
Sofias sich darwärtig deutschfreundlich gezeigt seien und an den
Enden der Mittelstraße standen. Das werde sich so lassen nicht
ändern, als Rußland zum Herrscher wurde. Baron Kohtshid
ließ ein Kommando von 300 000 Drachmen für die arme Judenheit
Griechenlands zurück.

Das Deutschtum zweier Reiche.

Bismarck hat es 1866 durch die Tat bewiesen und später
ausgesprochen, daß zwischen Deutschland und Oesterreich eine
von der Natur gegebene Einheit des Volkstums besteht, die
wichtiger ist als alle staatlichen Formen. Das wird jetzt,
wie Hermann Kienzl im ersten Jahrgang des von Frei-
herrn v. Grotthuß herausgegebenen „Türmer“ (Stuttgart,
Greiner & Pfeiffer) ausführlich, durch das Erleben unserer
Zeit bestätigt.

Wir empfinden, daß diese Waffenbrüderschaft auf den
Kampffeldern des Weltkrieges noch etwas anderes ist als
ein Bündnis der Reiche. Doch die Gemeinschaft tiefer wurzelt
in dem alleinigen Vaterlande des Deutschtums nämlich,
Die nationale und die sprachliche Selbständigkeit der Ma-
daren, die Eigenberechtigung der slavischen Völkerstämme
Oesterreichs soll von keinem Geringeren verweigert werden.
Genug, daß die Mitbürger fremder Zunge, teils bewußt,
teils unbewußt und sogar theoretisch widerstrebend, in
Oesterreich-Ungarn einen großen Faktor der europäischen
Zerfallsgewalt erhalten haben. Ihr eigenes Interesse ist
dabei geradezu am besten gewahrt, wie das der Türken und
Bulgaren im Schw- und Trughündnis mit denselben Zen-
tralstaaten. Doch den Deutschen süßen und drüben ist die
freudige Erkenntnis gewährt, daß das Deutsche ein großer
Reichs die Grundlage und die unveräußerliche Bürgschaft der
Waffen und der Reichsbürgerschaft ist; die Grundlage und
die Bürgschaft unserer militärischen und politischen und
kulturellen Bedeutung für die Welt.

Man braucht nicht heimlich die höchsten Einzelereignisse
in scheidenden und rufenden Lager zu überhören, um
den deutschen Kern des österreichischen Bündnis-
wertes richtig einzufühlen. Wohl aber lag uns die Logik
der Selbsthaltung, daß die Hut und Pflege des Deutschtums
in Oesterreich nicht bloß eine deutsch-österreichische An-
gelegenheit, daß sie vielmehr mit dem Lebensinteresse der
ganzen deutschen Nation innig verbunden ist.

Türkei gehörte sich anweisen die Ueberhebung der
Kannegießer, die sich gefälligst über manche Erscheinungen
pannationalen Vorkommens in Oesterreich das Maul ge-
rissen, ohne zu bedenken, ob sie selbst, die im Nationalstaats-
Gefühl, jemals aus nur einen verständnis- und teil-
nahmewollenen Gedanken, geschweige denn helfende Tatkraft
dem eigenen Volkstum im anderen Reiche gemindert hatten.
Die Deutschen Oesterreichs sind seit Jahrhunderten aller
deutschen Vorkämpfer im Südosten. Für alle Deutschen be-
schützen, verteidigen sie Grund und Boden und die im
deutsch-österreichischen Bündnis ungetreue politische Sphäre.
Alle in Deutschen kommt in unserer weltgeschichtlichen Zeit
zugute, was die Deutsch-Oesterreicher erreicht und erhalten
haben: die Bündnistreue und Selbstkraft Oesterreichs.

Statt das Gegebene mit einseitiger Kritik herabzusehen und
den Oesterreichern — mit viel mehr eiter Gefühlshebe
als Billigkeit — die bequemen Verhältnisse des deutschen
Nationalreiches triumphierend entgegenzusetzen, sollte der
Bürger des Deutschen Reiches sich bemühen, der geschichtlichen
Leistung der Deutschen Oesterreichs in Dankbarkeit gerecht
zu werden.

Doch mit dem Verständnis für diesen Teil der allge-
meinen deutschen Sache ist es in Reichsdeutschland noch ziem-
lich über bestellt. Der Kreuze zumal hat seinen politischen
Sinn governmental gedrückt; daher macht er sich dumpf vor
seinen eigenen Volksgenossen, sobald sie jenseits der Reichs-
grenzen in Erscheinung treten. Nur um Gottes willen keine
Einnengung — auch nicht mit vollstem Gedanken! — in
die innerpolitischen Angelegenheiten eines fremden
Staates! Es muß als eine der wichtigsten Wirkungen
des jurchbaren Krieges und der deutsch-österreichischen
Kameradschaft in den Schützengräben erwartet werden, daß
diese lächerlich Aengstlichkeit einer naturgemäßen besseren
Gewinnung Platz mache.

Auch das offizielle Oesterreich-Ungarn kann künftig nicht
mehr mit Argwohn Regungen und Strebungen verfolgen,
denen es in den schwersten Zeiten einen unbegrenzten Dank
schuldigt wurde. Diese Regungen und Strebungen der deutsch-
gefinnten Oesterreicher haben sich überdies, insofern sie nor-
malis blind geschwärm haben mochten, in der eifernden Seele
des Krieges gelöst. Weber haben noch drüben rittelt fährer-
hin zugewandene Sehnsucht an dem Staatsbestande Oester-
reich-Ungarns. Gerade die es mit der Einheit der deutschen
Nation am besten meinen, wünschen sie dauernd durch die
slavopolitische Verbindung der zwei Reiche verfestigt und ge-
festigt. Nicht nur als eine geschichtliche Ueberlieferung
liebt der Deutsch-Oesterreicher sein Oesterreich, — er erlitt
auch in Oesterreich-Ungarns ungeschmälertem Bestehen die
größte Rücksicht für die Macht- und Kulturkräfte des ge-
samten Deutschtums.

Rückbarkeit, die freilich noch ganz anders als bisher ge-
nügt werden muß! Die österreichischen Staatslenker haben
seit 1870 mit ihrer innerpolitischen Deutschtums-
politik eine pannationalistische Saat ausgesät, deren Ernte, jeht
während des Krieges, ihr Gemissen erschüttern mochte. . .
Platz freilich war dieses alte Oesterreich deutsch und öster-
reichlich genug, daß es der bösen Geister Herr werden konnte.
Doch bestimmte Vorgänge, die nun durch den Hochverrats-
prozeß gegen K r a m a r s c h, den anerkannten parlamen-
tarischen Führer der Tschechen, die öffentliche Signatur er-
halten, können selbst an minderbegabten Staatsmännern
nicht ohne Wirkung bleiben. Rein Deutscher Oesterreicher
denkt an die Unterjochung der slavischen Mitbürger, an eine
gewaltsame Germanisation slavischer Gebiete. In Gegen-
teil, sind die Deutsch-Oesterreicher heute mehr als je bereit, eine
Trennung mit allen vaterländischen Sämen zu befehlen, eine
Trennung, die sie selbst leisten, verlangen sie auch von den anderen, — und von den Mitbürgern
ihres Staates zum mindesten die Gewißheit, daß ihnen nie
wieder der Westwind im Klunde als ein Vorwand dienen
werde, Ansprüche zu fördern, die das Deutschtum Oester-
reichs und den Staat vererblich treffen. Es war einer der
leuchtendsten Patrioten Oesterreichs, Freiherr von D u m -
r e i c h e r, der einst das Wort sprach: „Wer in Oesterreich
als Deutscher seine nationale Schuldigkeit tut, verleidet
damit, ob man ihn berücksichtigt oder nicht und ob man ihm
dankt oder nicht, den österreichischen Staat.“ Das ist nur
eine Selbstverständlichkeit; doch es bedurfte eines die Grund-
pfeiler der Donaumonarchie ershütternden Weltkrieges, daß
das Selbstverständliche den Regierenden in Oesterreich ver-
ständlich wurde.

It es ihnen heute verständlich? Der österreichische
Ministerpräsident Graf Stürgkh verurteilt das österreichische
Abgeordnetenhaus seit Kriegesbeginn zu einer Passivität,
berenglichen nicht einmal der kleinste aller kriegsführenden
Staaten seinem Parlamente zugunsten mochte. Die öster-
reichischen Abgeordneten haben seit dem Sommer 1914 zwar
Wandab, aber tatsächlich weder sich noch Stimme. Fürchtet
Graf Stürgkh den Einbruch, den die Einbringung des Reichs-
rates um deswillen hervorriefe, weil gar mancher sich un-
bestimmt bleiben müßte? Man weiß doch ohnehin, welche pan-
nationalistischen Abgeordneten derzeit hinter Stürgkh und Riegel
liegen, wenn sie nicht vorzogen, den Staub des von ihnen
verratene Vaterlandes von den Füßen zu schütteln. . . Die
Dummsicht des österreichischen Parlaments hat zur Folge, daß
nur der Volkswille der einen Reichshälfte zum Ausdruck
gelangt und Ungarn durch seinen T i z z a vor dem Auslande
auch für das mudtote Oesterreich spricht. Das mindert das
moralische Gewicht Oesterreichs und der Monarchie. Außer-
dem wird durch die Zaghaftigkeit der österreichischen Regie-
rung ein nicht wiederkehrender Augenblick für die Auf-
hebung einer geundnen österreichischen Nationalitätenpolitik
verflumt, — der Augenblick nämlich, der die Geister unter
dem ungeheuren Druck weltgeschichtlicher Ereignisse zu
lammelnlassen könnte. Es darf heute nicht kritisch unter-
sucht werden, welche Verantwortung Graf Stürgkh, von dem
man weiß, daß er um Ante zu bleiben wünscht, mit seiner
Zaghaftigkeit auf sich nimmt. Das ganz allgemein für das

Stelle des Angliffs. Da aber in dem Bericht gefagt wird, daß das Schiff wegen hoher See von der Mannschaft verlassen werden mußte, und da die Urfrage des Untergangs nicht angegeben wird, so liegt es auf der Hand, daß der Untergang auf der während der letzten Tage von schweren Stürmen heimgesuchten Nordsee, in der viele losgerissene Minen überliefen, sich abspielte hat. Die holländischen Fischer berichten noch immer, daß sie an vielen treibenden Minen vorübergefahren seien. Die Verluste der 780 Mann zählenden Besatzung des „King Edward VII.“ sollen sich auf zwei Vermundete beschränkt. Der Untergang eines neuen Linien Schiffes und eines neueren Panzerkreuzers innerhalb fünf Tagen — der Panzerkreuzer sank am 30. Dezember — wird jedenfalls in England nicht leicht vermerkt werden.

Die Suche nach der „Kaiserin Kantonischs.“
c. B. Budapeft, 10. Januar. „A Buda“ erhält ein Telegramm aus dem Innern Serbiens, wonach eine Willkürherrschaft eine Untersuchung durchführte, um die Leiche des seligen Königs des Serbiens von Karađorđević des Kaisers Kantonischs, aufzufinden. Die Spuren der Untersuchung führten nach Belgrad, wo unter der Mithilfe zweier Polen und in Anwesenheit vieler die Nachforschungen begannen. Es stellte sich dabei heraus, daß Kantonisch nicht auf dem Schlachtfeld gefallen, sondern schwer verwundet nach Belgrad gebracht und dort verstorben wurde, bis er zum existenz Verwundeten eines. Seine Leiche wurde unter Beihilfe von zwei Polen ausgegraben und alle als Zeugen am wachsenden Serben befristigt, daß der Tote wirklich Kantonisch war.

Zum Untergang des „Bonheur“.
WTB. London, 10. Januar. London meldet: Der norwegische Dampfer „Bonheur“, dessen Untergang gemeldet wurde, liegt auf Grund.

„Mein Licht“ in Paris.
c. B. Rotterdam, 10. Januar. Der Pariser „Matin“ meldet, daß die Militärbehörde den Wünschen der Pariser teilweise entgegenkomme, der Militärregierung gebe nämlich Erlaubnis, daß auf verschiedenen Punkten der Hauptstadt wieder etwas Laternen angezündet werden dürfen. Im ganzen wird man jetzt allabendlich 3000 Laternen, im Vergleich zu normalen Zeiten, wo 55 000 Laternen brannten, ist dies immerhin für die „ville lumineuse“ recht wenig.

Ein neuer Acker für Rumänien.
T. U. Wien, 10. Januar. Nach einer Meldung der „Zeit“ aus Bukarest berichten „Ziva“ und andere rumänische Blätter übereinstimmend, daß aus Petersburg, nach der „Nowoje Wremja“ eine russische Mission, bestehend aus mehreren Offizieren, sich auf dem Wege nach Rumänien befindet. Die Mission trifft in den nächsten Tagen in Bukarest ein, um dem König Ferdinand die Uniform des zweiten russischen Garderegiments zu überbringen. Davon verspricht man sich in Petersburg einen großen Eindruck auf den König und das Volk von Rumänien.

Italiens wirtschaftliche Abhängigkeit von England.
T. U. Saganò, 10. Januar. Die seitigen Erlasse über die Ausnahme der Getreidebefreiung in Italien als Vorbereitung für eine kommende Beschlagnahme von 38 deutschen und österreichischen Dampfern für die inaktive Getreide- und Kohlenförderung sind als eine unmittelbare Folge des nötigen Scheiterns der Mission Guglielmo Marconis in London anzusehen. England lehnt jede Einwirkung auf die eigene Industrie und die Handelsmarine zur billigeren Versorgung Italiens ab.

Deutsches Reich.

Senatsdebatte im Hauptauschuß des Reichstages.
WTB. Berlin, 10. Januar. Der Hauptauschuß des Reichstages beriet heute zunächst den Sozialdemokratischen Antrag, den Belagerungszustand wieder aufzuheben und die Pressefreiheit wieder herzustellen. In der Debatte vertrat als erster die früheren Erklärungen des Staatssekretärs des Innern die Reichsleitung habe immer auf dem Standpunkt gehalten, daß die Voraussetzungen für die in Frage kommende Verhängung des Belagerungszustandes dann gegeben seien, wenn das Bundesgebiet oder Teile desselben bedroht sind und daß es nicht der im preussischen Belagerungszustands-Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen bedürfe. In dieser Hinsicht hatte die Reichsleitung fest. Für die Anordnungen der Generalkommandos auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand trügen diese selbst gegenüber dem Allerböchsten Kriegsheern die Verantwortung, nicht aber der Reichstagsmitglieder. Mit der Bildung des Kriegsprestimes hätten anerkannter Weise die Befehlshaber über die Handhabung der Zensur abgenommen. Ein Regierungsvertreter wies weiterhin die Angriffe gegen den Erlaß des preussischen Ministers des Innern, betreffend die „Neue Korrespondenz“, zurück. Es handle sich darum, auch kleinen Blättern wahrheitsgetreues amtliches Material zu übermitteln, es diene dem Volke und dem Kriegsgewende. Die Freiheit der Meinungsäußerungen in beruflichen und anderen Fragen sollte nicht beschränkt werden.

Halle und Umgebung.

Salle, den 11. Januar 1916.
Stadtverordneten-Sitzung.
Salle, 10. Januar.
Am Vorstandssitzung die Herren Justizrat Dr. Föhning, Eisenbahndirektor Rechnungsrat Borchert und Kandidatoberbürgermeister Fatzsch.
Punkt 1 der Tagesordnung betrifft die Einführung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten. Herr Oberbürgermeister Dr. Rode nimmt die Herren in Pflicht, indem er auf die Aufgaben, die den städtischen Behörden in der gegenwärtigen Kriegszeit gestellt sind, hinweist. Die neu-gewählten Stadtverordneten sind in der 3. Abteilung die Herren Fabritschger Bergau, Buchbruder Spröbe und Postlecker Wacke, in der 2. Abteilung Kaufmann Georg und Gehilfenchaftsleiter Wegel, in der 1. Abteilung Kaufmann W. A. Schwanitz, Bergert Fabian und Bergwerksdirektor Dr. G. S. H. Hauer.
Punkt 2 betrifft die Wahl des Bureau.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Dr. Föhning hat abgelehnt. Die Wahl erfolgt durch Zettel. Es werden 48 Zettel

abgegeben, 4 sind unbeschrieben, 27 lauten auf Herrn Justizrat Dr. Rode und 17 auf Herrn Kandidat Dr. Fetzau. Herr Reil ist somit gewählt.

Der neugewählte Vorsitzende nimmt das Amt an, indem er ausführt: Ich danke Ihnen, meine Herren, für die hohe Ehre, die Sie mir mit der Wahl erwiesen haben. Niemand weiß besser als ich, daß ich diese Auszeichnung nicht verdient habe; ich will mich aber bemühen, Ihren Erwartungen stets nachzukommen, und die Verhandlungen stets unparteiisch und für alle Seiten, um die Würde der Verammlung zu erhalten. Im Sinne der bedeutenden Männer, die vor mir hier ihres Amtes gewaltet: Bethke, Gneiß, Dittlenberger, Emil Steiner, Schmidt-Rimpler und des leider viel zu früh heimgegangenen Lember. An Sie, meine Herren, und auch an den Magistrat richte ich die Bitte um Nachsicht und um Unterstützung, damit ich zumal in dieser großen und schweren Zeit die Geschäfte führen kann, wie es das Wohl unserer Stadt erfordert.

Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden werden 49 Zettel abgegeben; 4 sind unbeschrieben, 45 lauten auf Herrn Dr. Föhning, 2 auf Herrn Borchert. Herr Dr. Föhning ist also gewählt.

Bei der Wahl des Schriftführers fallen 42 Stimmen auf Herrn Borchert, 6 auf Herr Dr. Föhning; bei der Wahl des stellvertretenden Schriftführers lauten 48 Zettel auf Herrn Fetzau, 6 Zettel sind unbeschrieben. Die Herren Borchert und Fetzau sind also gewählt; sie nehmen, ebenso wie Herr Dr. Föhning, die Wahl dankend an.

Zur Vorbereitung der Ratsen für die Ausschüsse, Deputationen usw. wählte man das Bureau und aus der Versammlung die Herren Blumentritt, Borges und Steiner.

Ueber den beantragten Beitrag zur Distributionshilfe berichtet Herr St. W. Der Magistrat beantragt, daß 1. die Stadtgemeinde Salla Mitglied des C. V. Distributionshilfe der Provinz Sachsen sei, 2. als einmaliges Eintrittsgeld an diesen Verein 94 000 Mk. in zwei Raten und als Jahresbeitrag 300 Mk. zahlt, 3. das Eintrittsgeld zu ein Drittel dem Kreisvolksrat und den Sparvereinsmitgliedern von 1914 und 1915 entnommen und der Jahresbeitrag in den Haushaltsplan eingestellt wird.

In einem Schriftstück des Herrn Oberpräsidenten an den Magistrat wird ausführt:

Die in der Versammlung der Herren Landräte und der Herren Vertreter der Stadtkreise wegen Begründung der Distributionshilfe der Provinz Sachsen am 11. Oktober in Halle gewählte Kommission zur Beratung der Satzungen hat am 20. Oktober getagt und die Satzungen, abgesehen von einem bezüglich der §§ 12 Abs. 1 und 13 Abs. 7 seitens eines Mitgliedes gemachten Vorbehalt in der antwortenden Form einstimmig festgestellt. Wesentliche Veränderungen haben dieselben gegen früher nur im § 10 insofern erfahren, als das Eintrittsgeld der Kreisverbände auf 1/2 Prozent des bezüglichen Provinzialsteuerbetrags und das Eintrittsgeld der übrigen Mitglieder auf mindestens 3000 Mk. lautend der Jahresbeitrag der Mitglieder auf mindestens 100 Mk. festgesetzt sind. Wie aus der Sitzungserichte ersichtlich, hielt es der Kreisverbanden selbstverständlich überflüssig, in welcher Weise sie ihre Anteile aufbringen wollen, ob aus der Kommunalsteuer oder durch Sammlungen. Um diese Sammlungen nicht zu erschweren, ist das Eintrittsgeld und der Jahresbeitrag der anderen Mitglieder zu dem Verein erheblich erhöht. Im ganzen wird der Bedarf der Distributionshilfe der Provinz Sachsen zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf eine Million Mark geschätzt. Sollte sich derselbe später erhöhen, so bleibt es der freien Entscheidung der Mitglieder überlassen, ob sie ihre Leistungen vermehren wollen, irgend ein Zwang dazu ist in der Satzung nicht enthalten. Aber auch zur Aufbringung der Million vermeidet die Satzung bis auf die Festlegung des Eintrittsgeldes und der laufenden Beiträge jeden Zwang. Da indessen die Eintrittsgelder in Höhe 1/2 Prozent des Provinzialsteuerbetrags nicht mehr als 200 000 Mk. ergeben, so die Einnahmen durch die Jahresbeiträge sich nicht erheblich steigern werden, so wird die Erwartung gehegt, daß die Kreisverbände aus freien Stücken insbesondere ihre einmaligen Beiträge wesentlich erhöhen werden. Die beigefügte ziffermäßige Nachweisung ergibt, wieviel auf jeden Kreisverband fallen würde, wenn die ganze Million auf einmal nach dem Provinzialsteuerfuß auf die Kreisverbände umgelegt würde. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Kreisverbände diese Beiträge als Anhalt dafür nehmen wollten, wie sie, sei es mit Hilfe der Kommunalsteuer, sei es durch Sammlungen für die Distributionshilfe auszubringen haben. Es würde dies ein auch nach außen hin des Eindrucks nicht entbehrender Beweis der Dankbarkeit der Provinz dafür sein, daß sie vor Unbilden des Krieges, wie sie die Provinz Distributionshilfe hat erdulden müssen, gütig bewahrt worden ist.

Die Kreisverbände und die Magistrat der Land- und Stadtkreise ersuchen hiernach ergebenlich die Beschlußfassung der Vertretung der Land- und Stadtkreise über den Beitritt zur Distributionshilfe und die Höhe ihrer Beiträge möglichst bald herbeizuführen und mir das Ergebnis derselben mitzuteilen.

Der Herr Referent des Hausauschusses gibt einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen im Ausschuss, der sich zweimal mit der Sache beschäftigt hat. Man hat den Antrag des Magistrats auf Bewilligung der verlangten Summe angenommen, aber zugleich beschlossen, die Mittel in ganzen Beträge aus den Sparkassen abzuschöpfen, die aus den Rechnungsjahren 1914 und 1915 mit einer halben Million ausgewiesen werden, zu entnehmen.

Der Antrag des Etatsauschusses wird debattelos genehmigt; acht Stimmen waren dagegen.
4. Der Magistrat hat der Hilfskasse des Roten Kreuzes in Halle einen Verzicht auf die Hälfte des Umstandes, daß sie die Erfüllung einer ganz ungewöhnlich großen Zahl von Kriegern aus allen Teilen des Reiches bezogen, eine Zuwendung von 300 Mk. aus dem Kriegsfonds bewilligt.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu. (Ref. Herr St. D. Daniel.)

5. Der Hausauschussplan für die Stiftung „Wohlfahrtsklub“ wird genehmigt. (Ref. Herr St. Borchert.)

6. Desgleichen der Hausauschussplan der Kaiserin Wilhelms- und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung für das Rechnungsjahr 1916. (Ref. Herr St. Daniel.)

7. Desgleichen der Hausauschussplan für die Alfesler Karl Müller-Stiftung für 1916. (Ref. Herr St. Borges.)

8. Ebenso der Hausauschussplan für die Paul Riebeck-Stiftung für 1916. (Derselbe Referent.)

9. Desgleichen der Hausauschussplan des Geschwister Riebeck-Stiftung für das Rechnungsjahr 1916. (Ref. Herr St. D. Daniel.)

Punkt 10 betrifft Anlage einer Warmwasserheizung für die Schlosserstrassen-Schule.

Herr St. W. S. D. sagt vor: Bis jetzt sind in den meisten Schulen nur Niederdruckheizungen eingebaut worden, und auch die alten nicht mehr brauchbaren Heizungsanlagen sind in den letzten Jahren durch Niederdruckheizungen ersetzt worden. In den letztgenannten Fällen, also beim Einbau in ältere Gebäude, wird gegen die Wahl der Niederdruckdampfheizung deshalb nichts einzuwenden sein, weil sie als verhältnismäßig billigste Art der Heizung für den Einbau in erster Linie in Frage kommt. Man wird bei den ohnehin größeren Schwierigkeiten in diesem Falle das Billigste wählen, wenn es nicht außergewöhnliche Nach- und Vorkosten verursacht. Man ist in der Entwicklung der Heizungsarten die Dampfheizung weitläufiger als die Niederdruckdampfheizung benutzbar, die anderen Arten, Luft- und Wasser-Heizungen, Hochdruckdampfheizung, Heißwasserheizung, u. ähnl. mehr, überlegen gewesen. Seit einer Reihe von Jahren ist man in Frankreich bei der Ueberzeugung gekommen, daß die Warmwasserheizung unbedingt den Vorzug verdient aus folgenden Gründen:

Bei der Dampfheizung ist der Dampf der Wärmeträger, er ist stets mindestens 100 Grad warm; Wärme wird erst abgegeben, wenn nach einer bestimmten Anhebendauer Dampf entwickelt wird. Die Wärmeabgabe hört auf, wenn kein Dampf mehr entwickelt wird; die Menge des dann noch vorhandenen heißen Kondensationswassers ist sehr gering und befindet sich in den unteren Teilen der Kondensationsleitungen und den Kesseln, ist also für die Heizung verloren. Bis zum Wiederanheben ist das Wasser vollständig erlaltet; auch die zu heizenden Räume sind stark abgekühlt. Bei der großen Wärme der Heizkörper, etwa 102 Grad, ergibt sich eine teilweise unangenehme strahlende Wärme und ferner eine unvollständige Verbrennung kleiner Staubteilchen auf und über den Heizkörpern. Letztere Erscheinung ist der wahre Grund der Klagen über die log. trockene Luft bei Dampfheizungen. Die Kondensationsleitungen sind oft schadhaft, weil sie leicht durchrosten. Bei Dampfheizungen sind die Geräusche nicht ganz zu vermeiden, selbst wenn die log. Dampftrichter eingebaut werden. Ein Vorteil der Dampfheizung sind die verhältnismäßig geringen Anlagekosten.

Bei der Warmwasserheizung ist das Wasser der Wärmeträger; die sämtlichen Leitungen und Heizkörper sind stets mit Wasser gefüllt, die Wassermenge ist also sehr groß und dementsprechend auch das Wärmeverhaltenvermögen. Der Unterschied zwischen Dampf- und Wasserheizung läßt sich etwa vergleichen mit demjenigen zwischen einem eisernen und Ton- (Kachel-) Ofen. Daraus ergibt sich: Beim Anheizen gibt das Wasser Wärme ab, sobald es wärmer wird als die Raumluft, also schon mit 30 bis 40 Grad. Nachdem das Feuer ausgegangen, gibt das Wasser ebenfalls noch solange Wärme ab, bis es wieder unter den gen. Wärmegrad herabgesunken ist, was vermöge seiner großen Wässer nur langsam eintritt. Das Wasser sowie die Räume kühlen über Nacht nur wenig ab, und die in dem Teil der Grund, das bei der Warmwasserheizung an Kohlen gespart wird, Geopart wird aber beschleunigt, wenn in der Heizungsanlage das Wasser nur wenig angewärmt und demnach im Gegensatz zur Dampfheizung nur wenig Wärme abgibt, das Wasser im Kesselhaus eine einheitliche Regelung der Heizung möglich ist.

Störende Geräusche in der Leitung, Kondensationswasser, „trockene Luft“ in den Räumen, Ueberheizung, fallen fort.

Das oft beschränkte Eintreten der Leitungen tritt fast nie ein, weil das Wasser über Nacht nicht soviel abkühlt. Ausbehnungsgefäße und besonders der Röhre ausgelegte Leitungen werden geschützt.

Den großen Vorteilen der Warmwasserheizung stehen als einziger Nachteil die hohen Anlagekosten gegenüber, die jedoch durch Kohlenersparnis allein schon vergütet werden. Aus diesen Gründen hat der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation beschlossen, bei der im Bau befindlichen Schule an der Schlosserstraße mit der Einführung der Warmwasserheizungen auch für Schulen (in anderen Gebäuden sind sie bereits eingebaut) zu bestimmen.

Die Mehrkosten werden 12 000 Mark betragen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, nachdem auch der Referent des Etatsauschusses, Herr St. Borges, die Vorlage empfohlen hatte.

11. Nach § 7 des Vertrages mit der Gewerbedank vom 11. November 1914 über die Fortsetzung des Klein-gewerblichen Kredits während der Kriegszeit dürfen nach Beendigung des Krieges in Höhe des Kredits von 1 000 000 M. Darlehen nicht mehr gewährt und Verlangungen der Darlehen und Wechsel von der Gewerbedank nur mit Zustimmung der eingeleiteten Kommission bewilligt werden. Die bei Abschluß des Vertrages nicht vorherzusehende Fortdauer des Krieges und das gerade in der ersten Zeit nach Friedensschluß zu erwartende Kreditbedürfnis lassen die Verlängerung der in § 7 des Vertrages festgesetzten Frist bis auf ein Jahr nach Friedensschluß geboten erscheinen. Der Magistrat hat daher in Uebereinstimmung mit der Kriegskreditkommission des Klein-gewerblichen Mittelstandes beschlossen, daß die Verträge und Einrichtungen der Kriegskreditkommission bis ein Jahr nach Friedensschluß bestehen bleiben.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. (Ref. Herr St. Steiner.)

Die Vorgangstellung der Saatkartoffel.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Durch eine Ver-ordnung des Bundesrats wird der Saatkartoffel seitwiewe eine bevorzugte Stellung insofern eingeräumt, als die sonst allfälligen Höchstpreise für Saatkartoffeln im allgemeinen bis zum 15. Mai 1916 auf sie im besonderen keine Anwendung finden sollen. Die Freilassung des Verkaufspreises für Saatkartoffeln ist im Hinblick auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erfolgt. Die Landwirtschaftsamt dient hinsichtlich der Verteilung die Güte der Saatkartoffel ist für die Größe und Qualität der Ernte direkt maßgebend, daß die Auswahl der Pflanzenfrucht gar nicht sorgfältig genug getroffen werden kann. Die Käufer von Saatkartoffeln zur Auswahl sind aber von den Anbietern der Verkäufer abhängig, die wenig Interesse daran haben, in An- und in der Anleihe eines Qualitätsartikels auf Saatgewinn zu reduzieren, wie es in den Höchstpreisen die Saatkartoffel nicht werden beabsichtigt ist. Der Höchstpreis des Saatkartoffels, weil er die Vernachlässigung der Saatkartoffel zur Folge haben könnte, was den Ernteausfall beeinträchtigen würde.

Ein Vorbehalt muss freilich gemacht werden. Nicht jeder Händler oder Produzent darf beliebig über den Höchstpreis sich hinwegsetzen, weil er ansonst nur „Saatkartoffeln“ verkaufen will. Für den Handel mit Saatkartoffeln bedürfen Händler also landwirtschaftliche Geschäftsbetriebe und Vereine einer amtlichen Erlaubnis. Von letzterer befreit sind die Kartoffeln, die vom Erzeuger unmittelbar an Landwirte als Saatkartoffel zur Auswahl verkauft werden. Zum Zwecke der Kontrolle werden den Händlern außerdem bestimmte Geschäftsbücher vorgegeben,

